



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**

Drs. 17/5969, 17/6942

Bericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Bayerischen Integrationsrats

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration des Landtags in schriftlicher und mündlicher Form zu berichten, welche Folgerungen sie aus den Handlungsempfehlungen des Bayerischen Integrationsrats zieht, welche konkreten Maßnahmen sie zu deren Umsetzung bereits ergriffen hat und welche Maßnahmen sich derzeit in Planung beziehungsweise Umsetzung befinden.

Dabei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden, die in den bisher veröffentlichten Handlungsempfehlungen „Werteverständnis und Geschichtsbilder von Migranten und Mehrheitsgesellschaft“, „Bürgerschaftliches Engagement von Zuwanderern und Zuwandererorganisationen“, „Fachkräfte sichern und Potenziale fördern“, „Medien als vierte Gewalt im Staat – Zuwanderer und Medien“, „Durchgängige Sprachförderung“, „Gesundheitsversorgung von Menschen mit Migrationshintergrund“, „Willkommen und anerkannt leben im Freistaat“ und „Zukunft der Altenhilfe – Menschen mit Migrationshintergrund?“ benannt wurden:

Spracherwerb:

- die Erstellung eines ressortübergreifenden Konzepts zur „durchgängigen Sprachförderung“,
- die Umsetzung der Sprachbestandserhebung für alle Kinder im Kindergartenalter (viertes Lebensjahr) und die gezielte Sprachförderung für Kinder, bei denen dabei Förderbedarf festgestellt wird,
- die Förderung der Mehrsprachigkeit von Migranten,

- die Ausweitung der bestehenden Maßnahmen zur Sprachförderung / Sprachkursen in allen Schularten,
- die Differenzierung von Integrations- und Sprachkursen nach der Vorqualifikation der Teilnehmer,
- die Ausweitung berufsspezifischer Sprachkurse in Kombination mit beruflichen Fort- und Weiterbildungsangeboten,
- die Verankerung von Modulen für die Vermittlung von „Deutsch als Zweitsprache“ in allen Lehramtsstudiengängen;

Bildungswesen:

- die Initiativen der Staatsregierung zur Gewinnung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund,
- die Vermittlung interkultureller Kompetenz im Rahmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte aller Schularten sowie in der Erzieherausbildung,
- die stärkere Einbeziehung von Familien mit Migrationshintergrund in die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten im Rahmen von „Erziehungspartnerschaften“,
- den Ausbau von aufsuchenden Beratungs- und Begleitungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund im Hinblick auf das bayerische Schul- und Ausbildungssystem unter Einsatz kultursensibler Dolmetscher,
- die Initiativen der Staatsregierung zur verstärkten Einbeziehung der Eltern mit Migrationshintergrund in die Arbeit der Elternbeiräte,
- die Pläne zur stärkeren Berücksichtigung des „Diversity Management“-Ansatzes bei der Zusammensetzung von Schulklassen;

öffentlicher Dienst:

- die Vermittlung interkultureller Kompetenz für Beschäftigte auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes,
- die vorgeschlagene „Praktikumsoffensive“ und die gezielte Anwerbung von Migranten für den öffentlichen Dienst;

Arbeitswelt:

- die Einrichtung eines Beratungssystems für ausländische Arbeitskräfte und ihre nachzugsberechtigten Angehörigen zur Vorbereitung auf ein Leben in Deutschland sowie eines Begleitsystems für deren Integration während der ersten Monate in Deutschland,

- die erleichterte Anerkennung ausländischer Berufs- und Studienabschlüsse durch kostenlose Beratung und Begleitung während der Antragsverfahren, die Vernetzung der Antragsstellen untereinander sowie die Aufnahme eines umfassenden Kompetenzprofils in die Anerkennungsbescheide,
- die Maßnahmen der Staatsregierung zur nachhaltigen Integration ausländischer Studierender, um ihnen nach Abschluss des Studiums die Arbeitsaufnahme in Bayern zu erleichtern,
- die Anregung, in Kooperation mit Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen und Kammern, auch kleinen und mittleren Unternehmen das System des „Diversity Management“ näherzubringen,
- den Ausbau und die Weiterentwicklung von ausbildungsbegleitenden Mentorenprogrammen zur Unterstützung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund und ihren Ausbildungsbetrieben,
- den Aufbau begleitender Beratungsangebote für Existenzgründer und Selbständige mit Migrationshintergrund;

Gesundheitswesen:

- den Ausbau ambulanter fremdsprachiger Versorgung mit Unterstützung durch kultursensible Dolmetscher und medizinisches Personal,
- die interkulturelle Öffnung aller medizinischen Versorgungsbereiche,
- die Aufnahme interkultureller Schulungsmodule in die Aus-, Fort- und Weiterbildung des medizinischen Personals;

Bürgerschaftliches Engagement:

- die Unterstützungsangebote für Zuwandererverbände und -organisationen, die an öffentlichen Förderprogrammen partizipieren wollen beziehungsweise als Träger öffentliche Projekte durchführen wollen,
- die Stärkung der kommunalen Integrationsbeiräte durch bessere Vernetzung und finanzielle Ausstattung,
- die angeregte Kampagne zur Gewinnung und Qualifikation von Zuwanderern als Paten und Multiplikatoren für die Vermittlung zwischen Zuwanderungsgruppen und Einheimischen,
- die vorgeschlagene verstärkte Gewinnung von Zuwandererorganisationen als Träger öffentlich geförderter Patenschaftsprojekte;

Status, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Integrationsrates:

- die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Integrationsrats sowie die Rolle, die die Staatsregierung dem Integrationsrat und seinen Empfehlungen zumisst;

Integrationsgesetz:

- die angeregte Vorlage eines Gesetzentwurfs für ein bayerisches Integrationsgesetz.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin